

**Früher als geplant**

**Regierung stimmt Biberkonzept zu**

**VADUZ** Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 23. Januar das Konzept Biber Liechtenstein beschlossen. Das schreibt das Ministerium für Umwelt in einer Mitteilung. Eigentlich war dieser Beschluss erst aufs Frühjahr angekündigt gewesen. Dies wurde Anfang Januar kommuniziert, nachdem die selbst gesetzte Frist «bis Ende 2017» zuvor nicht eingehalten werden konnte. Den Konzeptentwurf hatte die Regierung im Juli 2017 in die Konsultation geschickt. Schnell zeichnete sich ab, dass die Stellungnahmen sehr unterschiedlich ausfallen. Während etwa der Triesner Gemeinderat den Konzeptentwurf «vollumfänglich» unterstützt und eine «konsequente Umsetzung» fordert, vermisst die Gemeinde Balzers die «positive Grundhaltung zum Biber» und fordert gemeinsame Lösungen mit der Schweiz und Österreich. Eschen wiederum sieht im Töten der Biber die einzige Massnahme, um den Hochwasserschutz zu gewährleisten. Vaduz will Biber zwar nicht töten - aber wegkeln. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) demontiert den Entwurf auf 13 A4-Seiten. Sie ortet Stimmungsmache gegen den Biber, Falschaussagen, Widersprüche und befürchtet, «dass dieses Konzept den Anforderungen der Praxis schon von Beginn an nicht genügen wird».

In einer ersten Reaktion zeigte sich die LGU gestern bereits erfreut, über das nun beschlossene Konzept. «Zahlreiche, im Konsultationsverfahren eingebrachte Anliegen der LGU» seien berücksichtigt worden. Das nun vorliegende, von der Regierung verabschiedete Konzept «ist aus Sicht der LGU ein erfreuliches und positives Ergebnis des guten und konstruktiven Dialoges», schreibt die LGU auf ihrer Webseite. Das Papier lasse sich nun durchaus mit entsprechenden Konzepten aus den Nachbarländern vergleichen. Ein Biberkonzept für Liechtenstein fordern diverse Fachleute bereits seit Jahren. Ausschlaggebend dafür, dass ein solches nun finalisiert wurde, war ein Vorfall im Frühjahr 2017: Aus Sorge, die Biber beim Balzner Schlossbach könnten in Hochwasserschutzanlagen abwandern, wurden die Nager vorsorglich eingefangen und erschossen. Der Aufschrei in der Bevölkerung war gross, auch der Balzner Vorsteher äusserte damals gegenüber dem «Volksblatt» sein Unverständnis. Der Biber sei in Balzers sogar willkommen. Die Schulkinder hätten sich über die Tiere gefreut und diese gerne beobachtet. (ds)

**«Volksmund»**

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

**SCHAAN** Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Lamaasche / lamaaschig

**TRÄGE PERSON / LANGSAM**

BISCHT JÄTZT DU AN LAMAASCHE. MACH DOCH AMOL VORWÄRTS.



Auf der Parzelle Nr. 1663 im Kohlplatz in Eschen soll ein weiteres Projekt der Wohnbaugenossenschaft umgesetzt werden. (Foto: ZVG)

# Günstiger Wohnen: Eschen bringt andere Gemeinden in Zugzwang

**Richtungsweisend** Nach der Gemeinde Vaduz springt nun auch Eschen auf den Zug zu mehr leistbarem Wohnraum auf. Bis Ende 2019 soll die erste Wohnbausiedlung dieser Art im Unterland entstehen. Auch andere Gemeinden kennen das Thema.

VON HOLGER FRANKE

«Das ist ein sehr weit-sichtiger und gesellschaftspolitisch wertvoller Entscheid und eine praxisnahe Bemühung», freut sich Harald Beck, Präsident der Wohnbaugenossenschaft in Liechtenstein gegenüber dem «Volksblatt» über die Nachrichten aus Eschen. Wie gestern bekannt wurde, beabsichtigt der Eschner Gemeinderat ein Grundstück in die Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein einzubringen, um so den Bau von leistbaren Wohnungen in Eschen zu ermöglichen. Auf der Parzelle Nr. 1663 im Kohlplatz sollen im Rahmen des Projekts Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die für Familien und Personen mit mittlerem Einkommen erschwinglich sind.

«Der Erlass der notwendigen Verordnung durch die Regierung ist noch pendent – seit dem 15. April 2014.»

**HARALD BECK**  
WOHNBAUGENOSSENSCHAFT

Günther Kranz in einer Aussendung zitiert. Idee und Ziel sei es, mit der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein solche finanziell leistbaren, altersgerechten und familienfreundlichen Wohnungen

ter aufwärts, sagt für die Länder ein- zent in die- r voraus. r Eurozone gerung des ts (BIP) von und 1,8 Jahr. Die ommission jahrsprog in Brüssel che Erho- in das fünfte «EU-Mit- fo, heisst es der Brüssel- nd nächstes i konstant beim Wirt- Deutschland sagt dem as beim BIP is. Für stiert sie 6 Prozent. Deutschland weit stärker estliche ), an denen der linksli- cron stehen ind residier- in ihre Prog- or 2,7 Pro- ng des Kom-

**Wohnbaugenossenschaft: Weitere Gemeinden würden Interesse an Wohnprojekt zeigen**

**Einzig** Die Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein (WBL) hielt am Montag ihre dritte Generalversammlung ab. Neben den geschäftlichen Traktanden stand der Erstbezug der Siedlung am Birkenweg und mögliche weitere Projekte im Mittelpunkt.

Harald Beck wurde als Präsident für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt, wie es in einer Mitteilung der WBL vom Donnerstag heisst. Die WBL zählt demnach mittlerweile 28 Aktivmitglieder und 4 Fördermitglieder. Alle 23 Wohnungen der Wohnbausiedlung am Birkenweg in Vaduz seien mittlerweile bezogen, das Interesse und die Nachfrage nach den Wohnungen dennoch ungebrochen hoch.



Das «Volksblatt» berichtete in den vergangenen Jahren mehrfach, unter anderem am 12. Mai 2017. (Faksimile: VB)

will dafür Hand bieten, dass auf der eingebrachten Liegenschaft für unsere Bevölkerung, insbesondere für Familien und ältere Menschen, Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, den sich auch Normalverdiener leisten können», wird Gemeindevorsteher

zu erstellen. Zudem eröffne sich mit der angrenzenden, privaten Nachbarliegenschaft die Chance einer gemeinsamen Arealüberbauung.

**Hoffnung auf weitere Gemeinden**

In der Schweiz sind Wohnbaugenossenschaften bereits seit 1919 aktiv. Diese werden vom Bund, den Kantonen, den Gemeinden und Privaten mitgetragen. «Das Modell ist also altbewährt. Zudem ist das Genossenschaftsprinzip in Liechtenstein - beispielsweise mit Alpgenossenschaften - tief verwurzelt», verdeutlicht Harald Beck. Dank der Kostentante statt der Marktmiete werde leistbarer Wohnraum erreicht und für die breite Mittelschicht eine ech-

te Alternative geboten. So argumentiert nun auch die Gemeinde Eschen, wie zuvor auch schon die Gemeinde Vaduz, wo mit der Wohnbausiedlung am Birkenweg das erste Projekt der Wohnbaugenossenschaft umgesetzt wurde. Ein Erfolgsmodell, das auch in anderen Gemeinden weitere Nachahmer finden könnte. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Wohnbaugenossenschaft zu Wort gemeldet, und darüber berichtet, dass weitere Gemeinden Interesse an Wohnprojekten hätten. «Wir haben unsere Bemühungen in den Gemeinden vorgestellt und diese wurden positiv aufgenommen worden. Die Gemeinden kennen diese praxisnahe Alternative für das Grundbedürfnis Wohnen», sagte Beck gestern gegenüber dem «Volksblatt». So könnte es nun nur noch eine Frage der Zeit sein, bis weitere Gemeinden nachziehen. Doch es herrscht nicht nur eitel Sonnenschein. Wenig bis gar keinen Tatendrang lege die Regierung an den Tag, kritisierten die Verantwortlichen der Wohnbaugenossenschaft bereits im Herbst 2016. Förderungsberechtigte Genossenschaftsmitglieder, die die Voraussetzung gemäss dem Wohnbauförderungsgesetz (WBFG) erfüllen, sind weiterhin von einer Förderung ausgeschlossen. «Der Erlass der notwendigen Verordnung durch die Regierung ist noch pendent - seit dem 15. April 2014», so Präsident Harald Beck.

# Externes Gutachten zur Informations-Initiative soll eingeholt werden – Kaiser bleibt in der FBP

**Klären** Ein externes Gutachten soll die Verfassungsmässigkeit der Initiative zur Stärkung des Landtags per Informationsrecht nun nochmals klären. Der Landesausschuss hat einen Antrag der Initianten gutgeheissen.

VON HANNES MATT

Aufgrund der gegebenen Dringlichkeit im Zusammenhang mit der Behandlung der Initiative an der ersten Arbeitssitzung des Landtags am 28. Februar 2018 wurde der Antrag der vier Initianten noch vor Wiedereröffnung des Landtags in Behandlung gezogen, wie der Parlamentsdienst am Dienstag mitteilte. Gestern hat der Landesausschuss, der den Landtag bis nach Wiedereröffnung des Hohen Hauses vertritt, nun entschieden, die Einholung eines unabhängigen Gutachtens zur Überprüfung der Verfassungsmässigkeit der

eingereichten Initiative zur Stärkung des Landtags im Rahmen des gesetzlichen Kontrollrechts gutzuheissen. Zuvor hatte die Regierung - mit Regierungschef Adrian Hasler (FBP) an der Spitze - die Initiative zur Stärkung des Informationsrechts im Landtag bei der Vorprüfung als verfassungswidrig beurteilt. Eingereicht wurde sie von den Landtagsabgeordneten Erich Hasler (DU) Thomas Rehak (DU), Günter Vogt (VU) und Johannes Kaiser (FBP), was zu einem öffentlich ausgetragenen Konflikt innerhalb der FBP führte. Und sie liess Spekulationen aufkommen, dass es in der FBP ähnlich wie bei Harry Quaderer und der VU ablaufen könnte, der vor sieben Jahren mitten in der Legislaturperiode aus der VU ausgetreten ist.

**Weiterhin für die FBP im Landtag**

Johannes Kaiser hat diese Gerüchte gestern gegenüber «Radio L» aber hochkantig verworfen. So würde er das Landtagsmandat für die FBP mit Sicherheit zu Ende führen. «Ich werde mich weiterhin mit grossem En-



«Mit Sicherheit führe ich das Landtagsmandat der FBP zu Ende.»

**JOHANNES KAISER**  
FBP-ABGEORDNETER

gagement für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie des Unterlands einsetzen sowie mit viel Freude und Enthusiasmus im Landtag arbeiten - auch wenn zu grossem Engagement zuweilen eben auch anecken kann.» Mit den Werten der FBP fühlt Kaiser sich nicht im Konflikt, da diese ja direkt mit der Sache nicht viel zu tun hätten: Obschon er bezüglich Führung und Kommunikation in der Partei doch ganz ande-

re Ansichten habe. «So hat die Gesetzesinitiative, die ja eigentlich eine Sachfrage ist, so einiges entzündet», wie Kaiser ausführte.

**«Ich bin sehr gesprächsbereit»**

Auf die Frage von «Radio L», warum man sich denn nicht gemeinsam an den Tisch setze und die Probleme ausspreche, antwortete Kaiser: «Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich sehr gesprächsbereit bin. So wurden Gespräche von meiner Seite immer wieder initiiert. Seit dem Zeitpunkt, als mir ein Parteausschluss angedroht worden ist, sind die Kontakte eingestellt worden.» Obschon ein Parteaustritt in naher Zukunft für Johannes Kaiser keine Option ist, möchte er die ganze Geschichte, die sich bis heute immer weiter intensiviert habe, noch genau analysieren und neu ordnen. Ob es dann später einmal Veränderungen geben wird, liess er zum jetzigen Zeitpunkt offen.